

Ab in die Bürgerarbeits

Gisela Notz

Die Europäische Union hat das Jahr 2010 zum „Europäischen Jahr der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ erkoren. Aber ihre Politik ändert sich deswegen nicht: Auf Erwerbslose und Arme wird Jagd gemacht, Beschäftigte werden entlassen, die Produktion wird verlagert, prekäre Beschäftigung immer mehr ausgeweitet, öffentliche Dienstleistungen werden privatisiert. Die Liste der „Entgrenzung der Erwerbsarbeitsverhältnisse“ ließe sich fortsetzen.

ERWERBSLOSE & PREKÄR BESCHÄFTIGTE

Im Oktober 2010 verkündete Arbeitsministerin Ursula von der Leyen, dass die Zahl der Erwerbslosen in der BRD um 86000 auf 2,945 Millionen und damit unter die 3-Millionen-Grenze „gesunken“ sei. Sie spricht von einem Aufschwung am Arbeitsmarkt und der sei kein Zufallsprodukt, sondern vielmehr das Ergebnis richtiger Arbeitsmarktreformen und klugen Krisenmanagements. 7,2% aller Personen im erwerbsfähigen Alter waren in der Bundesrepublik Deutschland erwerbslos, davon 6,2% in Westdeutschland und 11% in Ostdeutschland.

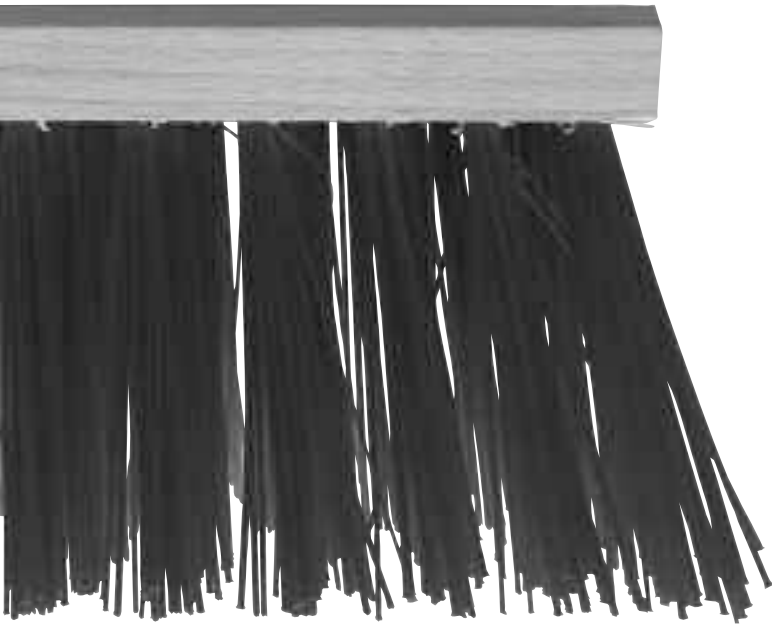
Auch 20 Jahre nach der Wende ist der Ost/West-Unterschied nicht zu übersehen. Die Dunkelziffer, die in Ost und West besonders Frauen betrifft, ist dabei nicht

mitgerechnet. Auch nicht die vielen, die in prekären Arbeitsverhältnissen arbeiten, von denen sie nicht leben können und auch nicht diejenigen, die in „Maßnahmen“ und vorübergehender Beschäftigung oder im eigenen oder fremden Haushalt untergebracht worden sind. Auch Erwerbsarbeit führt für viele Menschen bekanntlich nicht mehr zur Einkommenssicherung und damit verbundenen sozialen Absicherung, für manche nicht einmal, wenn sie den ganzen Tag über erwerbstätig sind. Eine Gesellschaft, die eine so ungleiche Verteilung von Wohlstand und Teilhabe hervorbringt, kann nicht mit Reparaturmaßnahmen, die neue Ungerechtigkeiten hervorrufen oder die alten untermauern, „reformiert“ werden.

Der Kapitalismus, dem zwar nicht die Arbeit ausgeht, wie fälschlicherweise immer behauptet wird, wohl aber die existenzsichernd bezahlte, sinnvolle und menschenwürdige Erwerbsarbeit, bringt die Massenerwerbslosigkeit hervor. Mit diesem selbstproduzierten gesellschaftlichen Grundproblem wird er nicht fertig und er hat auch gar kein grundsätzliches Interesse daran. Denn für das Kapital ist Massenerwerbslosigkeit äußerst nützlich, vor allem beim Lohndrücken und bei der Entsicherung der Erwerbsarbeitsverhältnisse. Alle prokapitalistischen Parteien und leider auch führende Gewerkschafter steh-

len sich vor der Aufgabe davon, die Wochenarbeitszeit der in Vollzeit Beschäftigten radikal, mindestens um zehn oder zwölf Stunden zu kürzen, damit die existenzsichernde Erwerbsarbeit auf mehr Menschen verteilt werden kann. Sie tun so, als wäre das unmöglich und geradezu undenkbar. Immer wieder werden uns neue „Zukunftskonzepte“ präsentiert. Alle Gruppierungen suchen nach Lösungen, um Sozialkosten zu sparen und möglichst leicht heuern und feuern zu können und um die wachsende Zahl der unversorgten Hilfe- und Pflegebedürftigen zu versorgen und die Zahl der Erwerbslosen zu senken. Arbeitsdienste im Sinne von sozialen Pflichtjahren (nicht nur) für junge Frauen und Männer, werden immer wieder diskutiert, sind aber wegen des einschränkenden Grundgesetzes nicht so leicht durchzusetzen. Was tun?

DIE NEUE SCHEINLÖSUNG Die Einteilung der Gesellschaft in Menschen, die (noch) Erwerbsarbeit haben und solche, die (schon) erwerbslos sind, funktioniert nicht mehr. In den meisten Institutionen und kapitalistischen Unternehmungen besteht schon lange ein Nebeneinander unterschiedlichster Arbeitsformen. Die berufliche Vielfalt reicht vom hochbezahlten Experten über Beamte, Angestellte in unterschiedlichsten Funktionen, Aushilfs- und Honorartätigkeiten, freie Mitarbeit, Selbständige, die mehr schlecht



gesellschaft

als recht von ihrer Arbeit leben können, in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und geringfügig Beschäftigte, Zivildienstleistende, Ehrenamtliche, 1-Euro-Jobberinnen und -jobber und oft auch Schwarzarbeiterinnen und -arbeiter. Die fortschreitende Ausdifferenzierung führt zur weiteren Entsolidarisierung der verschiedenen Beschäftigtengruppen untereinander und zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen.

Mit der „Bürgerarbeit“ wird uns eine neue grandiose Scheinlösung aufgetischt. Der deutsche Soziologe Ulrich Beck hatte bereits für die 1997 im Bericht der „Kommission für Zukunftsfragen Bayern und Sachsen“, kurz ZUKUNFTSKommission genannt, ein Konzept entwickelt, nachdem sich erwerbslose Bürger selbst aussuchen sollten, ob sie erwerbslos bleiben und langfristig Sozialhilfe beziehen oder als (nach dem Konzept) Freiwillige öffentlich und gemeinnützig tätig werden, dafür Bürgergeld als Grundsicherung in der Höhe der Transferleistung (damals noch Sozialhilfe bzw. Arbeitslosenhilfe) bekommen und sich so von Unterstützungs- zu Zuwendungsempfängern umdefinieren. Aus den Listen der Erwerbslosen waren sie damit gestrichen. Es gab immer wieder Modellversuche. Beck hatte empfohlen Arbeitsämter, Sozialämter etc. aus der Sache herauszuhalten. Jetzt hat die Arbeitsverwaltung den Ansatz okkupiert.

„Erfolgreich“ wurde das Konzept in mehreren Bundesländern erprobt. Anders als bei den 1-Euro-Jobs geht es um sozialversicherungspflichtige Arbeit und eine Perspektive für drei Jahre. In Sachsen-Anhalt ging die Erwerbslosigkeit in den beteiligten Kommunen um 50 Prozent zurück, obwohl nicht mehr Erwerbslose in reguläre Erwerbsarbeit vermittelt wurden als anderswo. Kein Wunder: Die „Bürgerarbeiter“ gelten eben nicht mehr als Erwerbslose, sondern als Arbeitnehmer. „Zwangsarbeit zu Niedriglöhnen“, schimpfen viele Betroffene. Fragt man nach den Arbeiten, die sie verrichten, so sind es: Begleiten von alten Menschen oder Behinderten bei Arztgängen oder das Kochen für Bedürftige, Säubern von

Parks und Straßen, Vorlesen in Altenheimen und andere Hilfe bei „unerfüllten sozialen Bedürfnissen“, die der Markt nicht regulär bezahlen will.

ERWERBSLOSE WERDEN UMDEFINIERT

Das Institut für Wirtschaftsforschung warnt vor dem gleitenden Übergang von regulärer zu staatlich finanzierter Tätigkeit. Es weist darauf hin, dass in den beteiligten Kommunen die Erwerbslosigkeit auch deshalb abnahm, weil sich viele bisher erwerbslos gemeldete Hilfeempfängerinnen und -empfänger einfach abgemeldet haben. Was aus ihnen geworden ist, weiß niemand. Bürgerarbeit entlastet also nicht nur die Statistik, sondern auch die öffentlichen Kassen. Wer Bürgerarbeit leistet, kostet nicht mehr als ein Erwerbsloser und wer lieber auf die Unterstützung verzichtet, als sich den Bedingungen zu beugen, kostet gar nichts mehr. Aber er gewinnt an Sozialprestige, denn „ich bin Bürgerarbeiter, das klingt doch besser, als ich bin seit drei Jahren arbeitslos“, schrieb schon Ulrich Beck. Der materielle Ertrag der Arbeit soll hinter der Sinn- und Prestigestiftung verschwinden.

Kein Wunder, dass das „Erfolgsmodell“ von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen zum bundesweiten Programm erhoben wurde. Der groß angelegte „Feldversuch“ mit Hilfe von Geldern aus dem Europäischen Sozialfond ESF in strukturschwachen Regionen mit hoher Erwerbslosigkeit startete am 15. Juli 2010. Vor allem Langzeiterwerbslose sollen ab Mitte Januar 2011 „zusätzliche und im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten“



Foto: Indymedia

verrichten. Dafür erhalten sie einen Bruttolohn von 900 Euro, für den sie 30 Stunden arbeiten müssen. 500 Euro kommen aus dem Etat der Bundesagentur, 400 Euro aus ESF-Mitteln, dazu kommen 180 Euro Sozialversicherungsbeiträge für die „Arbeitgeber“, ebenfalls aus dem ESF. Fertig ist der Niedrigstlohn mit 720 Euro, rechnet man die selbst zu zahlende Sozialversicherung ab. Das Teilzeitmodell soll Zeit für Bewerbungen und Fortbildung lassen. Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden keine abgeführt, selbst wenn jemand jahrelang als Bürgerarbeiter ein Hungerlohndasein fristen muss. Die Beteiligung der Grundsicherungsträger am Interessenbekundungsverfahren zum Modell war „überwältigend“, das verkündete die Ministerin mit Stolz.

160000 Menschen, die Hartz IV empfangen, sollen während einer sechsmonatigen Aktivierungsphase individuell getestet werden, für welche Arbeitsplätze sie in Frage kommen. 33947 werden für die Erprobungsphase ausgewählt. Knapp 200 Jobcenter aus allen 16 Bundesländern haben beim Arbeitsministerium ihre Konzepte zur Umsetzung der Bürgerarbeit eingereicht. Die Konzepte wurden laut ver.di Berlin-Brandenburg mit Unterstützung der Firma SPI Consult Berlin gesichtet und alle für gut befunden. Welche

Geldsumme das Sozialpädagogische Institut SPI für die Leistung erhalten hat, hält das Bundesarbeitsministerium geheim. Das SPI wurde in den 1980er Jahren durch die Arbeiterwohlfahrt gegründet und entscheidet heute als einer der drei großen Treuhänder des Landes Berlin über die Vergabe von Maßnahmegeldern. Kein Wunder, dass von Seiten der AWO kein Protest zu diesem Thema kommt. Von anderen Wohlfahrtsverbänden ist allerdings auch wenig zu hören.

GANZ IM SINNE DES ERFINDERS Von der Leyen geht davon aus, dass vier von fünf Erwerbslose auf diese Weise in „Bürgerarbeit“ vermittelt werden können oder „freiwillig“ auf Regelleistungen verzichten. Bürgerarbeit soll Sinn, Selbstbewusstsein und soziale Anerkennung bringen, wie nun auch die Bundesagentur für Arbeit ganz im Sinne des Erfinders Ulrich Beck verheißt.

„Die Palette der anzubietenden Tätigkeiten reicht von Helfertätigkeiten im sozialen Bereich bis hin zur Mitarbeit im Heimatverein. Alle Tätigkeitsfelder werden mit den regionalen Arbeitsmarktakteuren detailliert abgestimmt, um eine negative Einflussnahme auf den ersten Arbeitsmarkt auszuschließen“, so die Bundesagentur für Arbeit. Sieht man sich Fotos von praktizierter Bürgerarbeit in vorhandenen Broschüren an, so stammen sie aus dem Bereich der Altenpflege. Dort ist bekanntlich der Bedarf an Arbeitskräften am größten. Altenpflege ist ein Ausbildungsberuf und ein Tätigkeitsfeld, in dem vor allem Frauen arbeiten. Mit der „Bürgerarbeit“ werden auch die eben ausgehandelten Mindestlöhne für diese Branche umgangen.

„Wir finanzieren Arbeit statt Arbeitslosigkeit“, schrieb die Bundesagentur für Arbeit am 14.7.2010. Betroffene nennen es „neue Zwangsarbeit“, denn sie kann nicht verweigert werden. Aus Papieren wird deutlich, dass die Bürgerarbeiter auch „Entwicklungshilfe“

für andere Hilfsbedürftige leisten sollen, z. B. für Migrantinnen und Migranten und 1-Euro-Jobberinnen und -Jobber. Betroffenenverbände sprechen von einer Hierarchisierung von Erwerbslosen in Maßnahmen. Sie sagen: „Es geht weder um Bürgerinnen und Bürger noch um Arbeit. Es geht bei diesem Versuch wieder nur darum, die Erwerbslosen in einer neuen Runde mit einem neuen Instrument zu drangsalieren, zu schikanieren und zu erniedrigen“. Ziel ist workfare: „keine Sozialleistung ohne Arbeitsleistung.“ Das ist die Abkehr vom Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Der sozialstaatliche Auftrag ist in Art. 20 und 28 des GG verankert. Mithin sind die Bürgerarbeit, und die Sanktionen, die mit der Nichtaufnahme verbunden sind, verfassungswidrig, zumal sie auch mit dem Grundgesetzgebot der Vertragsfreiheit (Art. 2) und dem Verbot der Zwangsarbeit (Art. 12) kollidieren.

Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg wird künftig schönere Zahlen zu vermelden haben, ohne dass mehr Erwerbslose in reguläre Arbeit vermittelt worden wären. Sie unterliegen weiter dem Zugriff des Job-Centers, werden als Hilfsbedürftige behandelt, die sonst nicht zu vermitteln seien, weil es ihnen vor allem an Motivation und Gesellschaftsfähigkeit fehle. Aber: Sie verschwinden aus der Statistik. Ein Erfolg, der viele Politiker am meisten freut.

Der Widerstand scheint gering. Die Menschen sind zu sehr individualisiert und werden auch weiter gegeneinander ausgespielt. Viele haben Angst, denn, wenn sie die Arbeit verweigern, drohen ihnen Sanktionen und sie können jegliche Einnahmen verlieren. Manche hoffen, es träge sie nicht. Es ist also höchste Zeit, dass sich Widerstand und Protest formieren.

Gisela Notz ist Sozialwissenschaftlerin, Historikerin und Autorin und lebt und arbeitet freiberuflich in Berlin. Sie ist Herausgeberin des Kalenders Wegbereiterin IX 2011 mit zwölf Frauenportraits aus der linken Geschichte, der fortgesetzt wird. Gerade erscheint ihr Buch „Theorien alternativen Wirtschaftens. Fenster in eine andere Welt“ beim Schmetterling Verlag, Stuttgart in der Reihe theorie.org.

WIDERSPRUCH
Beiträge zu
sozialökologischer Praxis

58

**Steuergerechtigkeit
– umverteilen!**

Neoliberalismus und Geschlechter-Krise des Steuerstaats
Steuerflucht, Steuerhinterziehung, internationale
Steuerpolitik, Finanztransaktionssteuer, Oxfordscher
Gender Budgeting, Gleichstellung, Entwicklungszusammenarbeit, Staatshaushalt und Care-Arbeit

U. Mars, M.J. Krüger, A. Wiestach, M. Hanemann,
B. Götter, P. WPA, H. Guggenbühl, A. Trödel,
Denknetz Fachgruppe, M. Madors, A. Sancar,
E. Kasper, C. Michel, N. Wesseler, F. Haag

Diskussion

E. Givelli: Pharmaindustrie und Dritte Welt
H. Baurh / B. Glätz: Sonders Ausschaffungsinitiativen
A. Malinow: Überwindung von Neoliberalisierung
A.-L. Hilly / M. Pöckinger: Lage der Kundinnen
P. Pfister: Mein Streik in der Schweiz
H. Schöpf: Zum SPS-Programmentwurf

252 Seiten, € 16,- (Abonnement € 27,-)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8001 Zürich
Tel./Fax 0041 44 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch